



Prof. Dr. Hakkı Keskin

Mitglied des Deutschen Bundestages
EU- Erweiterungsbeauftragter der Fraktion DIE LINKE.
Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des
Europarats und der WEU

Federal Almanya Parlamentosu Milletvekili
Sol Parti Meclis Grubu Avrupa Birliđi Geniřleme Grevlisi
Avrupa Birliđi Komisyonu yesi
Avrupa Konseyi Parlamenterler Meclisi
ve Batı Avrupa Birliđi yesi

Prof. Dr. Hakkı Keskin, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den
Staatspräsidenten der Republik Türkei
Herrn Abdullah Gl
Ankara/ Türkei

cumhurbaskanligi@tccb.gov.tr

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 70838
Faks: (030) 227 – 76838

E-posta: hakki.keskin@bundestag.de
www.keskin.de

Berlin, 05.09.2007

- Mit der Bitte um Weiterleitung dieser e-Mail an den Staatspräsidenten persönlich -

Sehr geehrter Herr Staatspräsident der Republik Türkei Abdullah Gl,

als Mitglied des Deutschen Bundestages und hauptberuflich als Lehrkraft für Politikwissenschaft habe ich großes Interesse an den begonnenen Vorbereitungen der neuen Verfassung in der Türkei. Dass die Verfassung von 1982 trotz einer Reihe von vorgenommenen Änderungen den Bedürfnissen eines modernen demokratischen Rechtsstaates nicht gerecht wird, ist bekannt. Aus diesem Grund kommt dem Projekt einer neuen zivilen Verfassung eine große Bedeutung hinsichtlich der anspruchsvollen Zukunftsziele der Türkei zu.

Die neue zivile Verfassung muss mit Beteiligung breitester Gesellschaftsschichten vorbereitet und unter Gewährleistung der bewussten Unterstützung des Volkes umgesetzt werden. Die Vorschläge und Kritik der parlamentarischen wie auch außerparlamentarischen Kräfte sowie zweifellos von zivilen gesellschaftlichen Institutionen müssen wohlwollend Ernst genommen werden. Unverzichtbarer Bestandteil dieses Vorbereitungs- und Verwirklichungsprozesses muss die breite und aufrichtige Umsetzung der Konsens- und Kompromisskultur sein.

Die Vorbedingung für die Langlebigkeit und breite Unterstützung dieser Verfassung ist die Offenheit der im Parlament mit großer Mehrheit vertretenen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei gegenüber den Diskussionen, Kritik und Vorschlägen. Die neue Verfassung muss im wahrsten Sinne ein gemeinsames Produkt eines großen gesellschaftlichen Konsenses und für verschiedene politische Schichten identifizierbar sein. Die Grundregel eines Konsenses ist die Opferbereitschaft der politischen und gesellschaftlichen Kräfte bei ihren Maximalforderungen zugunsten anderer Vorschläge.

Die Vorschriften der Artikel 1, 2 und 3 der Verfassung von 1982 über die Staatsform und die Prinzipien der Republik sind unabänderliche Vorschriften. Beispielsweise sind



Prof. Dr. Hakkı Keskin
Mitglied des Deutschen Bundestages

auch die Artikel 1 und 20 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, die die Menschenwürde und Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt sowie die Grundlagen staatlicher Ordnung bestimmen, durch keine Mehrheit veränderbar. Von Bedeutung ist auch Artikel 20 Abs. 4, der dem Volk das Recht zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, einräumt.

Im Übrigen wird im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt, dass eine Änderung bzw. Ergänzung der in Abschnitt 1 (Artikel 2-19) aufgeführten Grundrechte nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgen kann, soweit sie nicht gegen das Wesen und die Grundprinzipien dieser Artikel verstoßen.

Persönlichkeits- und Freiheitsrechte, die den Charakter von universellen Menschenrechten besitzen, sowie die Verpflichtung des Staates, diese Grundrechte zu gewährleisten, sollten in ähnlicher Qualität auch in der neuen zivilen Verfassung der Republik Türkei sichergestellt werden. Die Unzulässigkeit der Änderungen bzw. Ergänzungen gegen das Wesen und den Geist dieser Grundrechte muss sorgfältig und nachdrücklich betont werden.

Um ein konkretes Beispiel zu geben, sind im folgenden die verfassungsmäßig gesicherten Grundrechte und Freiheiten im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Überschriften aufgeführt: Persönliche Freiheitsrechte wie das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf Leben; Gleichheit vor dem Gesetz; Gleichberechtigung von Mann und Frau; Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft; staatlicher Schutz von Ehe, Familie und Kindern; staatliche Aufsicht über das Schulwesen; Versammlungsfreiheit; Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit; Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis; Recht auf Freizügigkeit; Recht auf freie Berufswahl; Unverletzlichkeit der Wohnung; Gewährleistung von Eigentum und Erbrecht; Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln gegen Entschädigung; Schutz vor Entzug der Staatsangehörigkeit; Asylrecht; Petitionsrecht; Verwirkung von Grundrechten bei ihrem Missbrauch; nur begrenzte Einschränkung von Grundrechten bei allgemeiner Gültigkeit und Möglichkeit des Rechtswegs bei Rechtsverletzung durch die öffentliche Gewalt.

Es steht außer Zweifel, dass bei der Vorbereitung der Vorlage der neuen Verfassung die Grundgesetze anderer demokratischen Länder sorgfältig geprüft werden. Ich möchte hiermit zum Ausdruck bringen, dass ich es als sehr nützlich erachte, wenn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland insbesondere im Hinblick auf die Grundrechte und Freiheiten eine besondere Berücksichtigung findet. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Hochachtungsvoll

Hakkı Keskin